

Verantwortl. Redakteur: M. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beträge oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nachmittags 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 20. Januar 1893.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler
G. L. Danne, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies,
Halle a. S. J. B. Borch & Co., Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg a. Frank-
furt a. M. Heinr. Elsler, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 20. Januar. Der Großfürst Thronfolger von Rußland wird am Montag, den 23. d. M., Abends 9 Uhr, in Berlin eintreffen und mit allen kaiserlichen Ehren empfangen werden. In der Bahnhofshalle des Bahnhofs Friedrichstraße wird als Ehrenwache eine Kompanie des kaiserlichen Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1, bei welchem der Großfürst à la suite geführt wird, mit Fahne und der Regimentsmusik aufgestellt sein, ebenso mit den direkten Vorgesetzten am rechten Flügel. Der Kaiser wird, umgeben von den Prinzen des kaiserlichen Hauses, seinen Gattin beim Verlassen des Zuges: begrüßen und ihn nach der russischen Hofetikette geleiten, wo der Großfürst absteigen wird. Eine Ehren-Eskorte wird der Salvaquippage vom Bahnhof bis zur Hofkapelle voranführen, und eine gleiche hinter dem Wagen reiten. Der russische Hofschatzmeister Graf Murawiew wird mit dem Hofschatzmeister des Großfürsten auf dem Hof zum Empfang anwesend sein. Bis zur Grenzstation Gumbinnen findet der Kaiser dem Großfürsten seinen Separatzug entgegen; ebendort werden die zum Ehrenbesuch kommandierten Offiziere, der Chef des Generalstabes der Armee, Generaladjutant Graf Schlieffen II. und der Oberst Freiherr von Bülow, Kommandeur des kaiserlichen Alexander-Regiments, dem Großfürsten namens des Kaisers begrüßen. Der Kommandeur des 1. westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 8, dessen Chef der Großfürst Thronfolger ist, wird sich hier auf dem Bahnhof melden. Die Abreise des Großfürsten ist auf Sonntag, den 28., früh, festgesetzt.

Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat gestern wieder eine Notstands- und Arbeiter-Debatte. Sie drehte sich um den Ausschussbericht über den von den Sozialdemokraten gestellten Antrag über die Vorbeugung des sich aus der Arbeitslosigkeit ergebenden Notstandes der Arbeiter. Der Ausschuss hatte die einzelnen Anträge, namentlich aber den auf Einführung einer achtstündigen Arbeitszeit abgelehnt und nur eine Resolution vorgelegt, worin der Magistrat aufgefordert wird, auf eine stärkere Anstrengung städtischer Bauten und vermehrte Einstellung von Arbeitern bei den städtischen Straßenreinigung und Verneuerung des Fußbodens Bedacht zu nehmen. Der Magistratsvertreter konnte in längerer Darlegung zeigen, daß von dem Magistrat schon aus eigenem Antrieb alles, was auf diesem Gebiete geschehen kann, um Arbeitslosigkeit zu schaffen, geschehen sei. Er erwähnte auch, daß eine Abrechnung Arbeitsloser beim Oberbürgermeister Jelle gewesen sei und dieser die weitverbreitete Behauptung als erfunden bezeichnet habe, daß die Hilfsarbeiter bei der Straßenreinigung zwar 2 Mark Tageslohn erhielten, ihnen aber 50 Pf. für Benutzung der Gerichte abgezogen werden. Von sozialdemokratischer Seite ludte Stadtverordneter Singer die Ausführungen des Magistratsvertreters zu bemängeln und nochmals eine Forderung der achtstündigen Arbeitszeit zu stellen. Die Versammlung nahm einstimmig die Resolution des Ausschusses an. Ueber einen anderen Antrag der Sozialdemokraten, welcher sich auf die Errichtung eines städtischen Zentral-Arbeitsnachweises und die Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik bezog, ging die Versammlung zur Tagesordnung über, nachdem Stadtverordneter Spinola auf die lebhafte Wirksamkeit des Zentralvereins für Arbeitsnachweis hingewiesen und betont hatte, daß man sich bei allem Mitleid für die Arbeitslosen doch nicht in die Bahnen des sozialdemokratischen Staates drängen lassen dürfe.

Nach den internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnverkehr sowie nach der neuen Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands werden die früher nach einem festen Normaltarif geleisteten Vergütungen für in Verlust gerathene oder beschädigte Transportgegenstände nach dem allgemeinen Handelsvertrage der letzten Revisionen. Zu Ersatzleistungen für solche Transportgegenstände ist dem auch in den neuen preussischen Etat eine größere Summe als bisher eingestellt worden.

Wenn bei der Eröffnung der Spruchkammer des Reichsversicherungsamtes über Rekurse in Altersrentenfragen die Zahl der nach dem Jahre 1891 jährlich zu bewilligenden Altersrentenansprüche auf etwa 30.000 geschätzt wurde und diese Schätzung auf die Grundlage der bei der Berechnung des Reichszuschusses im Reichsbahnstatistik-Jahr 1892 gebildet hat, so haben die Ergebnisse des Jahres 1892 derselben nicht entsprochen. Zu den 130.774 Altersrentenbewilligungen des Jahres 1891 sind 45.100 im Jahre 1892 hinzugekommen, also etwa 1 mal soviel, als man angenommen hatte. Wie im Jahre 1891, so stellte auch 1892 Schlesien, Ostpreußen und Brandenburg unter den preussischen Provinzen anfallen die größten Kontingente, Berlin das kleinste. Ungeachtet dieser Ueberschreitung des im Etat für 1892—93 angeworbenen Reichszuschusses nicht notwendig werden, weil die im Jahre 1892 bewilligten Invalidenrenten weit hinter der im Etat vorausgesetzten Zahl zurückgeblieben sind. Der Etat sieht

Zuschüsse zu Renten für über 69.000 Invaliden vor. In Wirklichkeit aber sind im Jahre 1892 noch nicht 18.000 Invalidenrentenansprüche bewilligt. Man wird sich erinnern, daß kurz nach dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes unter den Kantonsverwaltungen östlichen Provinzen eine Agitation zur Aenderung einiger Bestimmungen dieses Gesetzes eingeleitet wurde, welche von dem Gedanken ausging, daß die Invalidenrenten der Industrie weit mehr zu Gute kommen würden, als der Landwirtschaft. Die Invalidenrenten werden erst seit dem 22. November 1891 gezahlt. Das Jahr 1892 ist also das erste Volljahr, welches über dieses Verhältniß Aufklärung geben kann. Aber die Ergebnisse desselben haben die völlige Grundlosigkeit jenes Gedankens aufgedeckt. Auch bei den bewilligten Invalidenrentenansprüchen stehen die Provinzen Schlesien und Ostpreußen oben und erst an dritter Stelle folgt die Rheinprovinz. Man wird auf Grund der nunmehr vorliegenden Zahlen vielmehr zu dem Schlusse kommen müssen, daß die Invalidenrenten sich etwa gleichmäßig auf die vorwiegend industriellen und die vorwiegend landwirtschaftlichen Theile Deutschlands vertheilt, während die Altersrente wohl den letzteren etwas mehr als den ersteren zu Gute kommt.

Einige Bezirksregierungen, z. B. die von Königsberg, haben, wie wir mittheilen, neuerdings eine Verfügung gegen das vorzeitige Verheirathen der Volksschullehrer erlassen und darin die Lehrer angewiesen, „erstlich mit sich zu Rache zu geben, ehe sie in den Ehestand treten, und sich stets gegenwärtig zu halten, daß sie sich alle Hebelstände, welche aus ihrer vorzeitigen Verheirathung für sie entstehen zu können, selbst zuzuschreiben haben.“ Das steht gewissermaßen im Widerspruch mit einer Anweisung, die der Kultusminister Dr. Voss in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. d. Mts. bei Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verbesserung des Volksschulwesens und des Dienstverhältnisses der Volksschullehrer, gemacht hat. Der Minister sagte: „Die Behauptung, daß die Lehrer zu früh verheirathet, ist durch die Statistik widerlegt; man muß sogar sagen, es wäre wünschenswerth, daß noch mehr Lehrer verheirathet könnten.“ Die Bemerkung des Kultusministers erscheint durchaus berechtigt. Unter der Warnung vor frühzeitigem Verheirathen verbirgt sich nur das Eingeständniß, daß die Lehrerstellen in einer für eine standesgemäße Lebensführung unzureichenden Weise dotirt sind.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Plenarsitzung dem Ausschussbericht über den Gesetzentwurf zur Ergänzung der Gesetze betr. die Postdamptschiffahrtsverbindungen mit überseeischen Ländern zugestimmt und den Ausschussbericht über den Gesetzentwurf betr. die Feststellung des Bundeshaushalts-Etats für Elsaß-Lothringen genehmigt.

Berliner Blättern wird ein von zahlreichen angeführten jüdischen Bürgern Berlins unterzeichneter Aufruf an dem Glaubensgenossen „zur Abwehr des Antisemitismus“ mitgetheilt, in welchem es heißt:

„Es handelt sich nicht darum, schlechte Elemente, die es in unserer, wie in jeder Gemeinschaft gibt, in irgend einer Weise zu schälen, sondern es gilt allein und ganz ausschließlich, die Rechtsgleichheit mit allen gesetzlichen Mitteln zu vertheidigen. Wir sind überzeugt, daß unsere Glaubensgenossen zu ersten Opfern für diesen ersten Kampf bereit sind; wir führen diesen Kampf nicht nur für uns, sondern auch für unsere Kinder. In unserer gefährdeten Lage haben wir das berechtigende Bewußtsein, daß unser eigenes Interesse mit dem unseres deutschen Vaterlandes auf das engste verknüpft ist. Die antijüdische Verleumdung, die uns bedroht, macht auch vor Christen nicht Halt und züngelt bereits durch das ganze Staatsgebäude. Undem wir uns vertheilgen, treten wir somit Elementen entgegen, die die Festigkeit unserer öffentlichen Institutionen auf die Dauer untergraben müssen.“

Die Abgeordneten Prinz Gzartowsky, Dr. von Dziembowski-Pontani, von Janta-Polczynski haben mit Unterstützung der übrigen Mitglieder der politischen Fraktion im Reichstage den Antrag eingebracht, der Reichstag wolle beschließen:

„Die verbundenen Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldmöglichst den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Einführung besonderer Gerichte, vorzulegen, welche nach Analogie der Gewerbegerichte berufen wären, Streitigkeiten zwischen den ländlichen Arbeitern und deren Arbeitgebern in einer schnellen, billigen und einfachen Weise zu entscheiden.“

Die letzte Afrika-Post hat mit dem deutschen Dampfer „Kaiser“ mehrere Berichte von den verschiedenen Expeditionen des deutschen Antisflaverei-Komitees gebracht:

Von Dr. Oskar Baumann's letztem Zug vom Victoria-Nyanza zunächst noch der Westgrenze des Schutzgebietes, dann nach dem Tanganika und von da zurück nach Tabora je vorläufig so viel berichtet, daß dem Forscher im nördlichen Ufse von dem dortigen Häuptling Ndaria eine englische Flagge und ein vom 30. Juli 1890 datirter Vertrag mit dem englischen Missionar Dr. Swann gezeichnet wurden, demzufolge Ndaria unter englischen Schutz gestellt war. Nach dem sich zur hohen Ehe anrechnet, die Herzogin von Portland zu Präsidentin zu erheben, ist mir die Gesellschaft zum Schutz der Pferde, welche eben falls erst vor kurzer Zeit gegründet wurde und bereits über eine große Anzahl von Ställen verfügt, in welchen die treuen Diener des Menschen gepflegt werden, wenn sie krank und sich ausruhen können, wenn sie überarbeitet sind. Der Bericht des Präsidenten dieser Gesellschaft, des Vikonten v. Templeton, ist sehr interessant. Aus demselben ergibt sich, daß man im neuen „Pferdeheim“ (home of horses) zwei Arten Thiere unterscheidet: 1. diejenigen, welche ihre Besitzer nicht gern zum Pferdewegger schicken und welche, um den Thieren ein ruhiges Lebensende zu sichern, einen bestimmten Pensionpreis bezahlen; 2. diejenigen Pferde, welche Kutschen oder Landwägen gehören und überarbeitet sind. Die Besitzer dieser Thiere haben nichts zu bezahlen, ja man stellt ihnen sogar während der Zeit des Aufenthalts der arbeitenden Thiere ein „Pferdeheim“ zur Verfügung. Für das Terrain, auf welchem die Ställe erbaut sind, waren 100.000 Mark notwendig, welche der Vikont v. Templeton durch einen Appell an das begüterte Publikum Londons zusammenbrachte. Das junge Unternehmen wird zweifellos großen Erfolg haben, denn es nützt den Pferden

Abmarsch von Tabora hatte Dr. Baumann bei Tabora (Mwanga Tomboko) Gefühle zu befehen und wurde dabei zum ersten Male während seiner langjährigen Reisen in Afrika, jedoch glücklichweise nur leicht, am Oberarm verwundet; Dr. Baumann hofft deshalb nicht allzulange durch diesen Unfall aufgehalten zu sein und spätestens März-April nach Durchführung der ihm übertragenen Arbeiten an der Küste einzutreffen.

Nachdem mit den Hilfsexpeditionen der Stationen der Küste eingetroffen ist, fahrt der Bau der Stationsanlagen dort rüstig vorwärts. Vientenant Schloffer ist der Uferstation zugetheilt worden, während Vientenant Werber in Mueji verbleiben ist. Herr Ludwig Meyer hat nach dem Abmarsch des Grafen Schweinitz vom See bis zum Eintreffen des Kompanieführers Vangelbeim provisorisch die Oberleitung. Graf Schweinitz hat während seines zweimonatlichen Aufenthaltes am See die Küste und die vorliegenden Inseln, zuerst „anzug der West“, dann an der Ostküste eingehend untersucht, an der Westküste auch mehrere Tagemärche den Kagera-Fluss hin- und her verfolgt, Holz, namentlich Bauholz, aber nirgends in genügender Menge vorgefunden und deshalb, wie schon früher gemeldet, die Verfertigung der Insel Ukerewe anzulegen sich entschlossen. Hier befinden sich noch ausgedehnte Wälder aus guten Bauholzes, in denen Stämme von 40 Ztm. Durchmesser keine Seltenheit sind. Wenn aus dem Eingange der letzten telegraphischen Nachricht von der Ankunft des Grafen Schweinitz in Vagamojo von einigen Blättern gefolgert worden ist, daß die frühere Meldung, daß Graf Schweinitz eine Fahrt nach Buloba angetreten habe, irrig sei und offenbar auf einer Verwechslung beruhe, so geht aus dem vorstehenden Sagen hervor, daß dies nicht der Fall war. Graf Schweinitz fand bei seiner Ankunft am See bereits eines der beiden vom Baron Hüffer an den See-Geheanten großen Segelboote fertig gestellt vor. Dem Vorhandensein dieses Bootes verdankte er es, daß er in drei Tagen von Muanza nach Buloba segeln und in der kurzen Zeit von zwei Monaten die ausgedehnte Küste und Inseln be- fahren und untersuchen konnte. Inzwischen sind auch die beiden anderen großen Segelboote fertig gestellt und verläßt er fast täglich außerdem noch über eine Flottille von 60 Bagandabarkten.

Eine weitere Verbesserung der bestehenden Postbeförderung vom See nach der Küste unter deutscher Herrschaft verdient hier besonders hervorgehoben zu werden. Briefe in Mueji, geschrieben am 22. November v. J., konnten bereits mit der am 22. Dezember v. J. von Vagamojo nach Europa gefandten Post weiterbefördert werden und sind am 13. Januar c. in Koblenz eingetroffen; es ergibt dies somit eine Beförderungszeit von 53 Tagen von Victoria nach Koblenz; ein bemerkenswerther Fortschritt gegen die bis vor Kurzem übliche Beförderungszeit von 3—5 Monaten von der Küste zum See und umgekehrt.

Die Nachrichten über die Station Tabora, deren Sicherheit Dr. Baumann für gefährdet hält und in deren Interesse er eine Verstärkung der Besatzung wünscht, sind durch die bereits mitgetheilten Meldungen des „Deutschen Kolonialblatts“ dahin erweitert, daß der Stationschef Dr. Schweinitz mit dem bis dahin in Feindschaft stehenden Wangamojo-Häuptling Siffi einen Schutzvertrag abgeschlossen hat.

Halle a. S., 19. Januar. (W. T. B.) In der Dreieranstellung in Nietleben sind der „Halle'schen Zeitung“ zufolge heute 17 weitere Erkrankungen festgestellt worden. Es handelt sich aber nur um leichten Durchfall. Ein neuer Todesfall ist bisher nicht eingetreten. Bei einem in Yetin angeblich an Cholera Erkrankten wurde einfacher Durchfall konstatiert.

Halle a. S., 19. Januar. (W. T. B.) Der „Saale-Zeitung“ zufolge ist der Geheimmedizinalrath Professor Dr. Koch beauftragt worden, von Untersuchungen wegen der in Nietleben aufgetretenen Cholera-Epidemie hier einzutreffen.

Hamburg, 18. Januar. Das infolade Verfahren der großen englischen Schiffahrtsgesellschaften gegen Auswanderer erregt in hiesigen Kreisen große Erbitterung. Die Gesellschaften weigern sich, seitdem hier die Cholera ausgebrochen ist, ihren Verpflichtungen gegen diejenigen Passagiere nachzukommen, denen sie Billets zur Reise nach Amerika ab Hamburg verkauft haben. Den hamburgischen Behörden haben viele Hunderte von Auswanderern, welche solche englische Fahrkarten hatten, monatelang zur Last gelegen. Man schätzt jetzt noch an hundertfünfzig Stellen die Zahl der Fahrkarten, welche die englischen Gesellschaften in Deutschland, Oesterreich und Rußland zur Fahrt ab Hamburg und Bremen verkauft haben und denen sie jetzt die Beförderung verweigern, auf nicht weniger als 20.000. Die maßgebendste und größte der englischen Gesellschaften, die Cunard-Linie, hat dem wenig loyalen Vorgehen der britischen Küsten dadurch die Kron aufgelegt, daß sie ihre Passagiere, deren Beförderung die hamburgische Polizeibehörde von ihrem Agenten in Hamburg erwungen hat, nach London in England einfach zurückbrachte. Angesichts dieser Verkommenheit wird man einer endgültigen Regelung des Auswandererwesens durch ein

Reichsgesetz um so mehr das Wort zu reden haben.

Weimar, 19. Januar. (W. T. B.) Der Großherzog ist heute Abend nach Dresden und gedenkt sich von dort nach Berlin zu begeben.

Karlsruhe, 19. Januar. (W. T. B.) Hof-Kapellmeister Vincenz Lachner ist vom Schlagfluß getroffen worden; sein Zustand ist besorgniß erregend.

Straßburg i. Elsaß, 19. Januar. Ein erfreuliches Zeichen für die Fortschritte, welche das Deutschthum in Elsaß-Lothringen macht, finden wir in einer beweglichen Klage des „Messin“ über den Anlauf von Großgütern in Lothringen durch Altschweizer. Das französisch gesinnte Blatt schreibt:

„Die großen deutschen Gutsbesitzer und Landwirthe kaufen die in unserm Kreise belegenden schönen Güter eines nach dem anderen auf. Es ist wirklich traurig, die alten Familien ihre Heimath verlassen zu sehen. Alle Welt leidet darunter, Stadt und Land; denn diese Herrschaften ließen doch wenigstens einen Theil ihrer Einkünfte im Lande und gaben der Bevölkerung Arbeit, während die neuen Besitzer alle ihre Bedürfnisse, ja sogar die Arbeiter aus ihrer Heimath kommen lassen.“

Wir können nur wünschen, daß dieser vom „Messin“ beklagte Prozeß seinen Fortgang nehme. Im Interesse Deutschlands ist es nur freudig zu begrüßen, wenn möglichst viele Personen, die ihre Heimath verlassen, anstatt nach Amerika oder anderen transatlantischen Gegenden auszuwandern, sich in den Reichsländern niederlassen und so das deutsche Element in der Grenzbevölkerung verstärken. Für Elsaß-Lothringen im Besonderen aber ist es sicherlich vorteilhaft, wenn die Güter, welche jetzt veräußert werden, in die Hände von deutschen Bewohnern übergehen und von deutschen Landwirthen in blühenden Zustand versetzt werden.

Oesterreich-Ungarn.

Prag, 19. Januar. (W. T. B.) Bei den Gemeindevahlen in der Prager Vorstadt Karolinenthal siegte die Altschweizer.

Wien, 17. Januar. Die freitbare Kirche ist in voller Mobilisirung begriffen. Man hätte ihr niemals eine solche Summe von Kampflust in einem Lande zugehört, das den kirchlichen Streit seit einem Menschenalter nur vom Hörensagen kannte. Gleichwohl ist nicht zu verkennen, daß die bisherigen Erfolge noch keineswegs im Einklange stehen mit dem — wenn man so sagen darf — Heidenrath, der von den Streitern der Kirche ausgeht. Bisher sieht und hört man nur die Bischöfe, die Magnaten und die aristokratischen Damen, während das Volk, dieses vernünftige, nüchterne, kargende Volk kaum durch etliche Anzeichen verräth, daß es sich für die kirchenpolitischen Sachen überhaupt interessiert. Die Wortführer jagen allerdings, das sei nur der Anfang und sie würden es schon dahin bringen, daß kein Abgeordneter katholischer Religion (und das sind wenigstens 65 Prozent der Abgeordneten) in der Regierungspartei verbleiben könne, wenn diese sich auf die Zivilebene einzulassen. Wir haben auf diesem Gebiete bereits so viel Ueber- raschungen erlebt, daß es selbst von dem genauesten Kenner des Landes unvorstellbar wäre, sich in Prophezeiungen über das, was kommen kann, einzulassen. Vielmehr, daß die frommen Herren wirklich in der Lage sind, ihre Drohungen auszuführen. Aber so lange sie nicht mit Thaten bevorzugen und sich nur auf salbungreiche Hirtenbriefe beschränken, muß man nicht vor ihnen erschrecken. Eine Art Generalprobe werden wir übrigens gelegentlich der in zwei bis drei Wochen stattfindenden Beratung des Budgets für das Kultusministerium im Abgeordnetenhause sehen. Bei dieser Gelegenheit, so wird behauptet, werden die geheimen Verbindungen der Ultramontanen im Volkshause hervorgerufen. Sind diese Verbindungen wirklich namhaft an Zahl und Bedeutung, so wäre das höchst bedenklich. Vermögen sie jedoch im Abgeordnetenhause keine größere Macht auszuüben, so wird die Regierung wahrscheinlich auch im Oberhause mit ihnen fertig werden. Nach ungarischer Verfassungsgesetz hat das Oberhaus nur die Befugniß, das Budget en bloc anzunehmen oder zu verwerfen. In eine Prüfung der Einzelheiten darf es sich nicht einlassen. Es bleibt also abzuwarten, ob das Oberhaus die Verantwortung auf sich nimmt, das ganze Budget zu verwerfen und damit einen Verfassungskrieg herbeizuführen. Möglich ist es, aber nicht wahrscheinlich, schon darum nicht, weil man durchaus nicht wissen kann, ob ein so radikaler Schritt nicht auch für die Macht der Oberhäuse unheilvolle Folgen mit sich brächte. So viel ist klar zu erkennen, daß die ungarischen Ultramontanen von Wien aus stark unterstützt werden, und zwar von mehr als einer Seite. Da die ungarische Regierung und die ungarischen liberalen Parteien über alle diese Dinge und Gegenstände genau unterrichtet sind, so darf von ihren politischen Erfahrung und Thatsache vorausgesetzt werden, daß sie auch nicht müßig sind und daß sie von ihrem Standpunkte nicht abzurücken sein werden.

Wien, 19. Januar. In der heutigen Budget-Debatte des Abgeordnetenhauses erklärte der Minister des Inneren Hieronymi, daß, um die Einwanderung russischer Juden und anderer Ausländer und deren Niederlassung auf ungarischem Gebiete zu verhindern, die Handhabung der Gemeindeordnung genüge. Die Auswanderung nach Amerika könne nicht durch Gewaltmaßregeln, sondern nur durch die Aufklärung des Volkes hintangehalten werden.

Niederlande.

Der Nothstand in Holland ist groß, die Arbeitslosigkeit nimmt zu, die Regierung erklärt sich außer Stande, helfen zu können, und die verheerende Hilfe einzelner Gemeindevorstände ist unzureichend. Bisher beschränkten sich die von den Nothleidenden verübten Ausfährungen auf die Provinzen Friesland und Groningen, wo man schon seit Beginn des Sommers von einem Nothstande sprechen kann. Immer mehr Militär und Polizei wurden zur Dämpfung des Auftruges in die größeren Orte gelegt, doch schon vor einer Woche schrieb kein Amsterdamer Verleger, daß die Zustände unhaltbar seien. Die Regierung thut nichts, die katholischen Ultramontanen und die protestantischen Orthodoxen verweisen auf die Religion als die einzige Hilfe, und die Sozialisten wie anarchistische Agitatoren predigen die offene Auflehnung. Gestern ist Amsterdam mit der ersten Kundgebung dieser Art überfallen worden. Es wird der „Vossischen Zeitung“ hierüber geschrieben:

Am 17. d. M., 19. Januar. Die Arbeitslosen verließen heute Mittag, nachdem ihr Gesicht um Arbeitverschaffung vom Bürgermeister abschlägig beschieden worden, auf dem Dam'argen Ufer. Sie besetzten den Eingang zur Börse und trieben die Besucher unter Schreien und Drohungen zurück. Eine Abteilung Polizisten, die von zwei Seiten auf die Menge anrückte, zerstreute die Menge; sie sammelte sich aber wieder und zog durch die Kalverstraat, wo sie in einen Bäderladen einwand. Das vorhandene Brod wurde der Menge freiwillig abgegeben. Ähnliches geschah in der Bygelstraat und auf der Bygelgracht, wo eine große Brodfabrik ist. Die Wohnung des Bürgermeisters ist von einer starken Polizeimacht bewacht, da man noch weitere Unruhen befürchtet.

„W. T. B.“ meldet: Amsterdam, 19. Januar. Nachdem schon in den letzten Tagen größere Trupps von beschäftigungslosen Arbeitern und Sozialisten sich in den Straßen angesammelt hatten, zog heute ein gegen 800 Mann zählender Trupp vor die Börse, um in dieselbe einzudringen. Eine Abteilung Polizisten verhinderte das. Die Sozialisten entzettelten hierauf eine rote Fahne, die Polizei ging mit der blanken Waffe vor und bemächtigte sich der Fahne. Bei dem Hantange wurde ein Polizist am Kopfe schwer verwundet. Der Träger der Fahne entkam. In anderen Stadttheilen kam es ebenfalls zu thätlichen Zusammenstößen zwischen Polizei und Sozialisten, welche sich zusammenrotteten und in verschiedenen Bäckereien Brod verlangten.

Belgien.

Brüssel, 19. Januar. (W. T. B.) In einer Verammlung der Bürgermeister und Delegirten der sieben Vorstädte Brüssels wurde der Antrag, über die Frage des allgemeinen Stimmrechts ein Referendum stattfinden zu lassen, einstimmig angenommen. Der Bürgermeister von Brüssel, welcher sich gegen den Antrag ablehnend verhält, wohnt der Verammlung nicht bei.

Frankreich.

Paris, 19. Januar. (W. T. B.) Die Einführung von neuen Verfassungen in der Panama-Angelegenheit wird von gut unterrichteter Seite für unbegründet erklärt.

Der Ministerrath beschloß sich in seiner heutigen Sitzung mit der auswärtigen Lage und namentlich mit der ägyptischen Angelegenheit. Der Minister des Auswärtigen Delvigne theilte mit, daß die Ernennung von Prinz Pascha zum Ministerpräsidenten der Ausruf eines zwischen den Kabineten von Frankreich und England vereinbarten Vorgehens sei.

Paris, 19. Januar. (W. T. B.) Der Senat begann die Beratung der von dem Justizminister Bourgeois eingebrachten Novelle zum Pressegesetz. Goblet sprach sich gegen den Entwurf aus, da derselbe unmäßig sei. Der Berichterstatter der Kommission Trarieux vertheidigte den Entwurf. Der Justizminister Bourgeois trat für die von ihm eingebrachte Novelle ein. Derselbe behauptete in keiner Weise die Pressefreiheit, sondern werde lediglich den Ausschreitungen der Presse Einhalt thun. Der Senat beschloß mit großer Stimmenmehrheit, in die Beratung der einzelnen Artikel einzutreten. Die Artikel, wonach Beschlagnahmen der Blätter und präventive Verhaftungen zulässig sind, wurden angenommen. Morgen findet die Fortsetzung der Beratung statt.

Paris, 19. Januar. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Der Präsident theilte mit, daß Baihaut sein Mandat als Deputirter niedergelegt

englischen Ministers, des Weiteren kam man sich denken. Es wurde sofort eine scharfe Untersuchung eingeleitet und mit englischer Gerechtigkeit die Verhaftung des Besitzers des Klublokals und der beiden Portiers, welche gewiß die Unschuldigen waren, angeordnet. Dieses puritanische Auftreten gegen Zustände, welche durch die bestehende Gesellschaftsordnung geschaffen wurden, ist für England, und besonders für London charakteristisch. Der Grafschafsrath verbietet nämlich die Bälle als den guten Sitten widersprechend. Das Gesetz gestattet nicht, daß Nachts 12 Uhr in Restaurants ein Souper servirt wird. Diese und ähnliche Bestimmungen haben dazu geführt, daß die Ehre der Noblesse Londons kleinere oder größere Klubs gründeten, wozin sie sich auch nach Mitternacht flüchten und gemächlich eindre sein konnten. Ueber die Bestrebungen des Klubsmanns selbst schweigt natürlich die Geschichte. Ueberhaupt wird die an und für sich ganz unschuldige Geschichte von oben herab möglichst geheim zu halten gesucht. Denn was man in England nie thun würde, das ist das Angekündigen machen, daß es dort die nämlichen kleinen und großen Kaster giebt wie überall.

Geniileton.

Briefe aus London.

London, 18. Januar.

Die Thiergesellschaften werden kaum einen wärmeren Beifall finden als mich, und trotzdem theile ich die Gefühle jenes Londoner Reverend, welcher ein Gefeg wünschte, das es verbietet, die Häuser und Kirchen zu Weinhandlungen mit „Wistletor“-Ständen zu verzerren, weil diese Stände die Vögel der roten Beren der Ständen berauben. Erklärlicher wird der Wunsch jenes Pastors, wenn man weiß, daß derselbe einer vor kurzer Zeit gegründeten Gesellschaft angehört, welche sich den Kampf gegen die Damenmode, die Federn zum Hut schmücken zu verwenden, zur Aufgabe gemacht hat.

Die Herzogin von Portland ist Präsidentin dieser Gesellschaft, welche bereits 5200 Mitglieder zählt. Die Herzogin sieht es als eine schmachvolle Barbarei an, die Wälder von den reigenden kleinen Thierchen zu entblößen, deren Gesang uns entzückt, um deren Schicksal entweder ganz oder zum Theil zum Schmach zu verwenden.

Sympathischer als die Gesellschaft, welche es

